Stand: 11.09.2026 07:17:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8451

"Unverzüglichen Rücknahme der CO2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8451 vom 08.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9870 des BV vom 02.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11527 vom 15.04.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.10.2025 **Drucksache** 19/**8451**

Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Unverzüglichen Rücknahme der CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 unverzüglich zurückgenommen werden.

Begründung:

Diese Verordnung, die seit dem 1. Juli 2024 in Kraft ist, stellt eine existenzielle Bedrohung für die bayerische und deutsche Nutzfahrzeugindustrie dar und birgt zudem erhebliche Risiken für die Klimaziele, die sie eigentlich verfolgt. Die EU-Verordnung 2024/1610 legt verbindliche CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger fest, obwohl diese keine eigenen Motoren oder Auspuffe besitzen. Ab 2030 drohen bei Nichterreichung dieser Ziele massive Strafzahlungen in Höhe von 4.250 Euro pro Gramm CO_2 pro Tonne/Kilometer. Diese finanziellen Belastungen könnten die Kosten für Lkw-Anhänger um bis zu 40 Prozent steigern und viele Unternehmen der Branche in den Ruin treiben. Laut Schätzungen stehen über 70 000 Arbeitsplätze in Deutschland auf dem Spiel, von denen ein erheblicher Anteil in Bayern angesiedelt ist. Bayern als starker Wirtschaftsstandort mit einer bedeutenden Nutzfahrzeugindustrie wäre von diesen Arbeitsplatzverlusten besonders betroffen. Der Verlust dieser Arbeitsplätze hätte nicht nur direkte Auswirkungen auf die betroffenen Familien, sondern würde auch die regionale Kaufkraft und damit die gesamte bayerische Wirtschaft schwächen.

Die untragbaren wirtschaftlichen Belastungen durch die Verordnung zwingen Hersteller dazu, über eine Verlagerung ihrer Produktion nachzudenken. Gero Schulze Isfort, Chef des Lkw-Bauers Krone Commercial Vehicles, hat bereits gewarnt, dass die Produktion in Deutschland und der EU nicht mehr wirtschaftlich wäre, wenn die Regulierung unverändert bleibt (Bild, 17. September 2025). Die Folge könnte sein, dass Hersteller ihre Werke schließen und die Produktion ins EU-Ausland verlagern. Für Bayern würde dies einen weiteren Schritt in Richtung Deindustrialisierung bedeuten, da wertvolle industrielle Kompetenzen und Investitionen verloren gehen würden. Ein solcher Verlust würde die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern nachhaltig beschädigen.

Die Verordnung sieht vor, dass CO_2-Einsparungen über das Simulationsprogramm VECTO (Vehicle Energy Consumption Calculation Tool) berechnet werden, das technische Änderungen wie Gewichts- oder Höhenreduktion positiv bewertet. In der Praxis führt dies jedoch zu einer Reduktion des Ladevolumens von Anhängern. Weniger Ladekapazität bedeutet, dass mehr Fahrten notwendig werden, um die gleiche Menge an Gütern zu transportieren. Dies führt nicht nur zu einer Erhöhung der Betriebskosten für Spediteure, sondern auch zu einem Anstieg der CO_2-Emissionen – ein Ergebnis, das den eigentlichen Zielen der Verordnung diametral entgegensteht. Fatalerweise könnten

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Spediteure gezwungen sein, für zwei Container künftig zwei Lkw auf die Straße zu schicken, anstatt einen Sattelzug mit Anhänger zu nutzen, was den Verkehr und die Umweltbelastung weiter verschärft. Die Verordnung verfehlt somit ihren eigenen Anspruch an Klimaschutz und könnte sogar das Gegenteil bewirken.

Die Zurechnung eines CO_2-Ausstoßes an Lkw-Anhänger, die keinen eigenen Antrieb besitzen, wird von der Branche als unlogisch und praxisfern kritisiert. Anhänger beeinflussen zwar durch Gewicht und Aerodynamik den Kraftstoffverbrauch des Zugfahrzeugs, doch die alleinige Verantwortung den Herstellern von Anhängern aufzubürden, ist weder fair noch zielführend. Zudem werden durch das VECTO-Programm technische Änderungen gefordert, die die Funktionalität und Sicherheit der Anhänger beeinträchtigen könnten. Dies gefährdet nicht nur die Effizienz des Gütertransports, sondern auch die Verkehrssicherheit auf bayerischen und europäischen Straßen.

Die drohenden Strafzahlungen und die steigenden Kosten für Lkw-Anhänger werden letztlich auf die Spediteure und Verbraucher abgewälzt. Dies führt zu einer Verteuerung von Transportdienstleistungen und damit zu höheren Preisen für Waren und Dienstleistungen – ein Effekt, der in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und Inflation die bayerische Bevölkerung zusätzlich belastet. Darüber hinaus könnte die Verordnung den Wettbewerb verzerren, da Unternehmen außerhalb der EU von diesen Regulierungen nicht betroffen sind und günstiger produzieren können.

Angesichts der oben genannten gravierenden Folgen für die bayerische Wirtschaft, die Arbeitsplätze und den Klimaschutz wird die Staatsregierung aufgefordert, sich mit aller Entschiedenheit für die unverzügliche Rücknahme der CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 einzusetzen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 02.12.2025 Drucksache 19/**9870**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**8451**

Unverzüglichen Rücknahme der CO2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Benjamin Nolte**
Mitberichterstatter: **Tobias Beck**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 2. Dezember 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Jürgen Baumgärtner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
   Unverzüglichen Rücknahme der CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610
   Drs. 19/8451, 19/9870 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer u.a. SPD
   Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern
   Drs. 19/8530, 19/9864 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen
Drs. 19/8677, 19/9863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Die Nahversorgung im ländlichen Raum sichern – Rollende Supermärkte von der LKW-Maut ausnehmen!
Drs. 19/8680, 19/9871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	ENTH	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz bayerischer Handwerksbetriebe und kleiner und mittlerer Unternehmen vor existenzbedrohenden Rückforderungen bei Insolvenzverfahren
Drs. 19/8712, 19/9865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Abgestimmte Ent- bzw. Weiterentwicklung von GeFa und Polizei 20/20 sicherstellen!
Drs. 19/8772, 19/9866 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen
Drs. 19/8774, 19/9889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Klimairrsinn beenden: Umwelt und Menschen vor den negativen Auswirkungen der sogenannten grünen Transformation schützen!
Drs. 19/8832, 19/9830 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes in Bayern sicherstellen – Schutz und Beratung für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ausbauen
Drs. 19/8888, 19/9819 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe junger Menschen nachhaltig stärken – Einführung des Programms „KulturStarter Bayern“
Drs. 19/8911, 19/9900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD),
Verena Osgyan, Benjamin Adjei, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Künstliche Intelligenz in der Hochschullehre – Anhörung zu Chancen, Risiken und politischen Handlungsbedarfen
Drs. 19/8915, 19/9901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I: Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen
Drs. 19/8929, 19/9867 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren
Drs. 19/8930, 19/9868 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arzneimittelversorgung verbessern, Nutzenbewertung und Preisverhandlungen für neue Arzneimittel vereinfachen
Drs. 19/8940, 19/9890 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld steuerfrei stellen – Entlastung für Bayerns Arbeitnehmer und Stärkung der heimischen Wirtschaft!
Drs. 19/9018, 19/9902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen
Drs. 19/9025, 19/9887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waldinfrastruktur erhalten: Bänke, Informationstafeln oder Schutzhütten in bayerischen Wäldern müssen weiter zur Verfügung stehen
Drs. 19/9079, 19/9888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 15.04.2026 **Drucksache** 19/**11527**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**8451**, 19/**9870**

Unverzügliche Rücknahme der CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Harald Meußgeier
Abg. Jochen Kohler
Abg. Dr. Markus Büchler
Abg. Tobias Beck
Abg. Sabine Gross
Abg. Markus Striedl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Unverzüglichen Rücknahme der CO2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 (Drs. 19/8451)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Harald Meußgeier.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, die noch auf der Bühne vorhanden sind! Zum Schluss kommt ja meistens das Beste. Brüssel hat offensichtlich nichts Besseres zu tun, als sich bei der heimischen Wirtschaft unbeliebt zu machen. Für uns ist klar: Die CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger nach der EU-Verordnung 2024/1610 müssen unverzüglich zurückgenommen werden. Gerade für die Nutzfahrzeugindustrie, für unsere Spediteure und für die gesamte Transportwirtschaft werden dadurch erhebliche wirtschaftliche Risiken erzeugt, und das völlig unnötig. Wer heute in Bayern eine Spedition führt, kämpft nicht mit einem einzigen Problem, sondern mit einer ganzen Kette von Belastungen. Genau deshalb ist diese Verordnung nicht nur falsch, sondern völlig fehl am Platz.

Wir erleben derzeit ohnehin eine massive Belastung durch die hohen Dieselpreise. Der aktuelle Höchststand von Diesel war derzeit 2,45 Euro und ist keine Seltenheit. An Autobahnraststätten kostet er sogar circa 40 Cent mehr.

Die Bundesregierung gibt für die gestiegenen Kraftstoffpreise dem Iran-Nahost-Konflikt die Schuld, aber bei circa 60 % an Steuereinnahmen ist das ein fadenscheiniges Argument. Der Mittelständler, der Tag für Tag die unterschiedlichsten Güter von A nach B bringt, muss extrem gestiegene Energiekosten kalkulieren. Der Bundesver-

band Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung warnt, dass diese hohen Spritpreise eine Belastung für die heimische Industrie sind.Steigen die Transportkosten, steigen auch die Preise in der gesamten Wertschöpfungskette. Diese Entwicklung spüren wir doch längst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Dieselbelastung kommen die Mautbelastung und ein akuter Fahrermangel hinzu. Es fehlen Fachkräfte, die ja angeblich zu Scharen eingewandert sind.

Das alles und die stetig wachsende Bürokratie erzeugen den perfekten Kurs in die Insolvenz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der BGL spricht auch vom schleichenden Sterben des mittelständischen Transportgewerbes. Als AfD sagen wir klar, die Unternehmen brauchen mehr Freiheit für Innovationen, verlässliche Rahmenbedingungen und keine neuen Vorschriften, die Investitionen blockieren und Existenzen gefährden.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb weg mit dieser unsinnigen EU-Symbolpolitik und der unnötigen CO_2-Bepreisung. Wir sagen klar: Weg mit der CO_2-Steuer und herunter mit den überbordenden Steuern zugunsten unserer heimischen Bevölkerung und Industrie. Die Staatsregierung sollte sich auf allen Ebenen mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die CO_2-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger zurückgenommen werden, nicht irgendwann und nicht nach jahrelangen Prüfungen, sondern unverzüglich. – Herzlichen Dank und Bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Antrag, den wir schon im Ausschuss behandelt haben. Die AfD fordert die unverzügliche Rücknahme der CO_2-Reduktionsziele für Lkw-An-

hänger. Kurz zu den Fakten: Die EU-Verordnung verfolgt hier ein klares Ziel. Sie verschärft die CO_2-Standards für schwere Nutzfahrzeuge und bezieht sich hier erstmals auch auf Anhänger. Warum? – Weil der Verkehrssektor ein zentraler Emittent ist und weil auch Anhänger trotz fehlenden Motors den Energieverbrauch eines gesamten Lkw-Gespanns beeinflussen. Wieso ist das so? – Anhänger wirken sich über Gewicht, Aerodynamik, aber auch über den Rollwiderstand direkt auf den Kraftstoffverbrauch aus. Das ist kein ideologischer Ansatz, das ist technisch absolut nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

Natürlich gibt es hier Kritikpunkte. Das Wirtschaftsministerium sagt klar, der Grundgedanke ist richtig, aber die Umsetzung muss praxistauglich sein. Genau das ist unser Ziel als CSU: verbessern statt abschaffen, nachjustieren statt zurückdrehen. Hier wird ohne solide Grundlage Angst geschürt. Moderne Verkehrspolitik funktioniert so nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU verfolgt mit dieser Verordnung ein übergeordnetes Ziel. Sie will den Verkehrssektor Schritt für Schritt klimafreundlicher machen, und das ist auch notwendig. Die Ziele sind klar definiert: minus 45 % bis 2030, minus 65 % bis 2035 und minus 90 % bis 2040. Das sind ambitionierte Ziele. Sie sind notwendig, wenn wir Klimaschutz ernst nehmen wollen.

Was ist unsere Aufgabe dabei? – Wir müssen die Unternehmen unterstützen, praktikable Lösungen schaffen und die Übergänge so gestalten, dass es für alle passt. Genau das soll jetzt passieren. Die Staatsregierung ist in engem Austausch mit der Branche. Sie setzt sich in Brüssel für Verbesserungen ein, prüft aber auch Anpassungen bei Strafzahlungen und Übergangsfristen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist verantwortungsvolle Politik; denn die Zukunft der Nutzfahrzeugindustrie liegt nicht im Stillstand, sondern in Innovation, Effizienz und technologischer Weiterentwicklung. Genau dort setzen wir an. Die AfD fordert hier Rückschritt. Wir stehen für Fortschritt und Augenmaß. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Bevor ich Herrn Kollegen Dr. Büchler das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 17, dem Antrag auf Drucksache 19/8832, namentliche Abstimmung beantragt hat. – Herr Kollege Dr. Büchler, bitte.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Sache hat der Vorredner Jochen Kohler schon sehr vieles gesagt. Wir lehnen den Antrag schon allein deswegen ab, weil im Antragstext der AfD mit nicht belegten Tatsachen und Unterstellungen hantiert wird. Darin stehen Zahlen, zu denen sich keinerlei Quellen finden. Wahrscheinlich hat man sich hier in den Boulevardmedien informiert. Das ist die einzige Stelle, wo man die Behauptungen wiederfindet. Ansonsten haben wir darüber schon im Ausschuss diskutiert. Wir werden den Antrag auch hier ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht Herr Kollege Tobias Beck für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute noch einmal einen Antrag der AfD-Fraktion, der daherkommt, als würde er die Beschäftigten vor Überregulierung schützen. Eigentlich handelt es sich aber nur um Symbolpolitik und Stimmungsmache gegen die Europäische Union. Worum geht es genau? – Die genannte EU-Verordnung führt neue CO_2-Vorgaben auch für Anhänger ein. Lassen Sie mich eines klar vorwegnehmen: Selbstverständlich müssen wir genau prüfen, welche Auswirkungen dies auf unsere mittelständischen Betriebe hat. Herr Kollege Kohler hat das schon gut ausgeführt. Es gibt auch keine seriösen Belege dafür, dass durch diese Regulierung massive Arbeitsplatzverluste drohen. Branchenanalysten sind wesentlich zurückhaltender mit dem Thema. Meiner Ansicht nach ist das keine seriöse Politik, sondern vielmehr Theater.

Tatsächlich geht es bei der Regulierung hauptsächlich um Effizienzverbesserungen, zum Beispiel bei Aerodynamik und Energieverbrauch. Zudem sieht der europäische Rahmen ausdrücklich vor, die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen im Blick zu behalten und entsprechende Unterstützung zu ermöglichen. Ich möchte gar nicht verschweigen, dass die Verbände aus der Transportwirtschaft von der EU-Verordnung nicht begeistert sind. Sie müssen mir nicht erzählen, vor welchen Herausforderungen die Branche steht, vor allem wenn man die Kostensteigerungen und den Personalmangel

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bis hin zum Transformationsdruck sieht. Ich glaube aber, dass die Verordnung auch eine gewisse Hilfe für die Unternehmer ist, da man mehr Aerodynamik und mehr Effizienz

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

vorantreiben möchte, gerade wenn man auf die Preisanzeigen an den Tankstellen schaut. Wir brauchen hier in diesem Parlament aber eine sachliche Lösung, eine sachliche konstruktive Einflussnahme, auch auf europäischer Ebene, und eine sinnvolle Unterstützung für unsere Transportbranche. Dafür stehen wir als Regierungskoalition. Wir brauchen keine Zuspitzung und billige Polemik. Genau dafür steht dieser Antrag.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Ich möchte es kurz machen. Ich glaube, das ist bei dem Antrag zielführend. Ich bin zwar ein Sechziger-Fan und nicht so sehr am späteren Fußballspiel interessiert, aber der eine oder andere würde es sich vielleicht gerne ansehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Dr. Fabian Mehring und des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gross für die SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD zielt auf die Rücknahme der CO_2-Reduzierungsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610 durch die Staatsregierung ab. EU-Verordnungen gelten in Deutschland unmittelbar ab Inkrafttreten. Eine Rücknahme der Verordnung durch die Staatsregierung ist schlicht nicht möglich, auch nicht in Teilen. Selbst der Antrag – –

(Zuruf von der AfD)

– Mund halten, nicht dazwischenplärren! Selbst der Antrag, dass sich die Staatsregierung für die Rücknahme auf allen Ebenen einsetzen soll, ist völlig überflüssig. Bereits im März haben das EU-Parlament und der EU-Rat gezielte Änderungen der Verordnung beschlossen, mit denen die Hersteller mehr Flexibilität haben, damit sie ihre CO_2-Emissionsziele bis 2030 erreichen können.

Klar ist jedoch, die Zukunft liegt in sauberer Mobilität ohne Verbrenner, auch bei Nutzfahrzeugen. Der von der EU eingeschlagene pragmatische Weg ist der richtige, um den Herstellern Flexibilität und Berechenbarkeit einzuräumen, die sie für den Übergang brauchen. Der Antrag der AfD ist hingegen geprägt von rückwärtsgewandter Verbrennergläubigkeit und EU-Feindlichkeit.

Der Verbrennermotor hat längst keine Zukunft mehr. Die Zahl der Elektronutzfahrzeuge in Deutschland wächst zwar noch nicht so stark, aber sie wächst stetig. Volvo, Daimler, Scania, MAN, Renault – alle haben längst begriffen, dass Elektromobilität auch bei Nutzfahrzeugen die Zukunft ist. Wenn sie nämlich nicht darauf setzen würden, würden sie von Chinesen und Koreanern überholt werden, wie es beim Pkw zum Teil schon der Fall ist.

Dieser Antrag ist nicht nur sinnlos, sondern auch wirtschaftsschädlich. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Moment bitte, Frau Kollegin Gross. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Striedl für die AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Frau Kollegin Gross, Sie haben gesagt, dass sich Elektrofahrzeuge im Nutzfahrzeugbereich immer weiter durchsetzen. Ist Ihnen bekannt, ob schon ein einziges Elektrofahrzeug in Deutschland ohne massive Förderung von um die 80 % verkauft wurde? Ist das Ihre Vorstellung von "sich durchsetzen", oder reden Sie beim "Sich-Durchsetzen" davon, dass der Steuerzahler 80 % und die Firma 20 % zahlen?

Sabine Gross (SPD): Ich weiß jetzt gar nicht, wovon Sie reden. Wir haben 78.000 Elektrolieferwagen. Wir haben 21.000 kleine Elektro-Lkw zwischen 3,5 und 12 Tonnen sowie fast 10.000 mittelschwere und schwere Elektro-Lkw und Sattelzugmaschinen. Ich wüsste jetzt nicht, dass es dafür eine Förderung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Markus Striedl (AfD) – Harry Scheuenstuhl (SPD): Bravo! – Lachen bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.